



Peter Wichtel

Unsere Stimme in Berlin

CDU

Berlin Aktuell

10/2016 – 08.07.2016

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freunde,

heute ist die letzte Sitzungswoche des Deutschen Bundestages vor der parlamentarischen Sommerpause zu Ende gegangen, in welcher wir uns weiterhin mit der „Brexit“-Entscheidung Großbritanniens, aber auch mit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes auseinandergesetzt haben.

Mehr hierzu und weitere Informationen wie beispielsweise zum verabschiedeten Integrationsgesetz lasse ich Ihnen auf diesem Weg in der aktuellen Ausgabe meines Newsletters „Berlin Aktuell“ zukommen.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende und einen erholsamen Sommer und freue mich auf zahlreiche Begegnungen im Wahlkreis, die sich in den kommenden Wochen sicher ergeben werden.

Herzliche Grüße aus Berlin

Ihr

www.peterwichtel.de



Nach der „Brexit“-Entscheidung



(© Bundesregierung)

Die Bürger Großbritanniens haben sich in einem Referendum für den **Austritt ihres Landes aus der Europäischen Union ausgesprochen.** Wir

respektieren die Entscheidung des britischen Volkes, gleichwohl ist sie ein Einschnitt für den europäischen Einigungsprozess. Mit den bitteren Konsequenzen, welche die Volksabstimmung für Großbritannien haben kann, lassen die Anführer der „Brexit“-

Kampagne die junge Generation, die in überwiegender Mehrheit – aber leider mit zu geringer Wahlbeteiligung – für den Verbleib ihres Landes in Europa gestimmt hat, nun alleine. Ganz Europa kann sehen, was geschieht, wenn Populisten Erfolg haben, wenn diejenigen, die uns weismachen wollen, es gäbe für schwierige Aufgaben leichte Lösungen, zum Zuge kommen.

Es liegt jetzt zunächst einmal an Großbritannien selbst, zu erklären und festzulegen, wie es sein zukünftiges Verhältnis zur Europäischen Union gestalten möchte.

Für das weitere Verhältnis der Europäischen Union zu Großbritannien steht aber ebenso fest, dass es bis zur Stellung des Austrittsantrages keine informellen oder formellen Verhandlungen geben kann. Fakt ist auch: Zugang zum Binnenmarkt kann das Land nach seinem Austritt nur erhalten, wenn es sich seinerseits zu einem freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr verpflichtet. Im Übrigen wird Großbritannien ein wichtiger Partner für die Europäische Union und Deutschland bleiben, mit dem wir eng in der NATO, bei G7 aber auch bei G20 zusammenarbeiten werden.

EEG-Reform beschlossen

Aufgrund intensiver Zusammenarbeit in der großen Koalition sowie mit der EU-Kommission können wir nunmehr die **Weichen für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien neu stellen**. Wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, schaffen wir den Übergang vom bisherigen System der Festvergütungen zu Strommengenausschreibungen. Die Ausschreibungen beginnen 2017 und erfolgen aufgeteilt nach Windkraft auf See, Windkraft an Land, Photovoltaik und Biomasse. Die Ausschreibungsmengen sind so zu bemessen, dass der Ausbaukorridor von 40 bis 45 Prozent Anteil an erneuerbaren Energien im Jahr 2025 eingehalten wird.



(© BMWi / Holger Vonderlind)

In den parlamentarischen Beratungen haben wir den Regierungsentwurf in kurzer Zeit an zahlreichen Stellen sinnvoll weiterentwickelt. Insbesondere wird der Ausbau der Windenergie auf See besser mit dem Stromnetzausbau an Land verzahnt.

Er wird in den Jahren 2021 bis 2025 reduziert, weil bis dahin die erforderlichen Stromtrassen noch nicht zur Verfügung stehen. Unter anderem wird auch die Härtefallregelung für energieintensive Unternehmen angepasst, die Ausschreibung für alle Biogasanlagen geöffnet und Windenergieanlagen an Land in sogenannten Netzausbaugebieten begrenzt. Über Photovoltaik auf Ackerflächen entscheiden in Zukunft die jeweiligen Bundesländer.

Aktuelles aus dem Plenum



(© L. Thiel / BAMF)

In zweiter und dritter Lesung haben wir in dieser Sitzungswoche des Bundestages das **Integrationsgesetz** verabschiedet und damit klargestellt, wie anerkannte Asylbewerber und Menschen mit guter Bleibeperspektive in der Integration gefördert und gefordert werden sollen. Wir wollen Flüchtlingen etwa den Zugang zu Integrationskursen und zum Arbeitsmarkt erleichtern. Förderangebote und Pflichten werden genau definiert und rechtliche Konsequenzen für fehlende Integrationsbemühungen eindeutig geregelt. Wer sich nicht an die Regeln hält, muss mit Leistungskürzungen rechnen, wer sich anstrengt, soll etwas davon haben. Zugleich sollen die Asylverfahren weiter beschleunigt werden. Mit der Regelung einer befristeten Wohnortzuweisung versetzen wir Länder und Kommunen in die Lage, die Konzentration von Schutzberechtigten in Ballungsräumen zu verhindern und positiv auf die Integration in der Fläche einwirken zu können. Sie tritt rückwirkend zum 1. Januar 2016 in Kraft.

Zudem haben wir in dieser Sitzungswoche das **Sexualstrafrecht** verschärft, Strafbarkeitslücken geschlossen und in der Gesellschaft ein klares Zeichen gesetzt: Wenn jemand einen sexuellen Kontakt nicht will, ist das ohne Wenn und Aber zu akzeptieren. Zukünftig reicht die Vornahme sexueller Handlungen gegen den erkennbaren Willen des Opfers zur Strafbarkeit aus. Der Grundsatz „Nein heißt Nein“ verträgt keine Einschränkung und wird durch maßgeblich von der Unionsfraktion im parlamentarischen Verfahren voran getriebene Änderungen fest im Sexualstrafrecht verankert.

Mit den neuen strafrechtlichen Regelungen geben wir auch die richtigen Antworten auf die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln und an anderen Orten in unserem Lande, bei denen Frauen Opfer sexueller Übergriffe wurden. Zukünftig werden mittels eines neuen Straftatbestandes der sexuellen Belästigung auch das sogenannte Grabschen und solche Straftaten, die aus Gruppen heraus begangen werden, geahndet.

Daten und Fakten

Baufertigstellungen 2015 regional unterschiedlich. Besonders stark legten die Baufertigstellungen in den Stadtstaaten Hamburg (plus 22,2 Prozent) und Berlin (plus 22,6 Prozent) zu, aber auch einige Flächenländer wie Baden-Württemberg (plus 5,9 Prozent) und Sachsen (plus 8,4 Prozent) verbuchten ein deutliches Plus. Stark fiel das Minus in Nordrhein-Westfalen (minus 12,1 Prozent), Rheinland-Pfalz (minus 10,9 Prozent) und Thüringen (minus 6 Prozent) aus. Insgesamt wurden 2015 mit 247.700 Wohnungen deutschlandweit 1 Prozent oder 2.400 Wohnungen mehr fertig gestellt als im Vorjahr. Das Wachstum wird vor allem durch den Geschosswohnungsbau bestimmt, während die Baufertigstellungszahlen bei Eigenheimen zurückgehen. So wurden in den kreisfreien Großstädten im Jahr 2015 4 Prozent mehr Geschosswohnungen gebaut, gleichzeitig sank die Zahl der fertiggestellten Eigenheime um 7,8 Prozent. In den Umlandkreisen (plus 5,7 Prozent Geschosswohnungen, minus 3,7 Prozent Eigenheime) sowie in den ländlichen Kreisen (plus / minus 2,8 Prozent) war ein ähnlicher Trend festzustellen.

(Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung)

Mehr Geburten, Sterbefälle und Eheschließungen. Im Jahr 2015 wurden in Deutschland 738.000 Kinder geboren. Das waren 23.000 Neugeborene oder 3,2 Prozent mehr als im Jahr 2014. Gleichzeitig starben 2015 925.000 Menschen, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 6,5 Prozent entspricht. Wie in allen Jahren seit 1972 starben somit mehr Menschen als Kinder geboren wurden. Auch den Bund der Ehe sind 2015 mehr Paare eingegangen als im Vorjahr: 400.000 Eheschließungen stellen eine Steigerung um 14.000 beziehungsweise 3,6 Prozent gegenüber 2014 dar.

Impressum

Peter Wichtel MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 – 77041
Fax: 030 / 227 – 76241
Mail: peter.wichtel@bundestag.de
Internet: www.peterwichtel.de

Redaktion

Christoph Schmid

Bildnachweis

Seite 2 – Bundesregierung
Seite 3 – BMWi / Holger Vonderlind
Seite 4 – L. Thiel / BAMF